

Erwartet zäh

Tarifverhandlungen im Einzelhandel gehen weiter

Von Susanne Knütter

Eine Provokation, enttäuschend, völlig unzureichend, respektlos. Mit diesen Worten beschrieb Verdi am Dienstag das Angebot der Einzelhandelsunternehmen von Berlin und Brandenburg. Hier begannen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Handelsketten wie Rewe, Edeka, Kaufland, H & M oder IKEA am Montag, die in anderen Bundesländern bereits in die dritte Runde gehen (so z. B. in Hamburg und Nordrhein-Westfalen).

Das Berlin-Brandenburgische Angebot ähnelt - wenig überraschend - denen der Unternehmen in den anderen Bundesländern: Sechs Monate im laufenden Jahr keine Lohnerhöhung. Anschließend soll das Entgelt um zwei Prozent steigen. Für eine Verkäuferin nach dem siebten Berufsjahr in Vollzeit würde dies nur 63 Euro brutto mehr im Monat bedeuten, kritisierte die Dienstleistungsgewerkschaft. In Berlin würde die Erhöhung erst im Dezember greifen, in Brandenburg sogar erst im nächsten Jahr. Eine zweite Lohnsteigerung von 1,5 Prozent soll es dann ebenso erst wieder nach drei weiteren Nullmonaten geben. Sie entspreche demnach 49 Euro mehr im Herbst nächsten Jahres.

Die Gewinne im Einzelhandel hingegen, so kritisiert Verdi, sind laut Statistischem Bundesamt im Zeitraum von 2005 bis 2023 um 49 Prozent gestiegen. Im vergangenen Jahr erwirtschafteten die Beschäftigten im Einzelhandel einen Gesamtumsatz von rund 823 Milliarden Euro und Gewinne von rund 25 Milliarden Euro. Ausgebildete Verkäuferinnen und Verkäufer in Berlin und Brandenburg kommen dafür nach sieben Berufsjahren in einer Vollzeitstelle auf 3.172 Euro brutto im Monat. Knapp zwei Drittel der Beschäftigten arbeiten zudem - häufig unfreiwillig - in Teilzeit. Betroffen sind überwiegend Frauen, deren Einkommen oftmals nicht ausreicht und die deshalb auf ergänzende Leistungen angewiesen sind.

Hinzukommt eine Inflation von derzeit 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat und die Kostenexplosion bei den Benzinpreisen. Bleibt das Angebot der Handelsketten also wie es ist, würde es einen Reallohnverlust für die Beschäftigten bedeuten. [Verdi fordert - in Berlin und Brandenburg so wie im großen und ganzen in den anderen Bundesländern auch](#) - sieben Prozent mehr Entgelt, mindestens jedoch 222 Euro pro Monat, ein tarifliches Mindestentgelt von 14,90 Euro pro Stunde in den unteren Entgeltgruppen, 150 Euro mehr Ausbildungsvergütung pro Monat und eine Laufzeit des Tarifvertrages von zwölf Monaten. Ob die Kapitaleseite noch ein Stück auf die Gewerkschaft zugeht, hängt sicherlich vom Organisationsgrad in den Betrieben ab. Der jedoch ist gering. Hinzu kommt: Der größte Teil der Handelsunternehmen ist gar nicht mehr tarifgebunden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/523554.einzelhandel-erwartet-zäh.html>